

19.05.2020

Antrag

der Fraktion der AfD

Schulen in NRW sofort öffnen – Kinder und Jugendliche aus der Geiselhaft einer Angstpsychose befreien!

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen hat wie viele weitere Bundesländer im Rahmen eines Stufenplans die Lockerung der Coronavirus-Maßnahmen eingeleitet. Ein Vier-Stufen-Plan soll dazu dienen, die Rückkehr zur Normalität zu organisieren.

Davon sind auch die Schulen betroffen. Die Landesregierung verpflichtet die Lehrkräfte sowie die Schülerinnen und Schüler zur strengen Einhaltung von Abstandsregelungen, von Hygienestandards und von Infektionsschutzmaßnahmen wie beispielsweise dem Tragen von Mundschutzmasken. Damit soll bei der Rückkehr zur Normalität so etwas wie umsichtiges und sorgfältiges Vorgehen in einer weiter bestehenden Gefahrenlage dokumentiert werden.

So wird wegen der Abstandsvorschriften erhöhter Raumbedarf erforderlich und aufgrund dessen werden die Klassengruppen aufgeteilt. Diese neuen Lerngruppen besuchen dann im Rollsystem für lediglich einen oder zwei Tage pro Woche die Schule, Begegnungen in den Pausen werden weitgehend erschwert oder sogar unterbunden, indem man den Kindern Abstandshalter auf den Rücken schnallt.

Mit all diesen Maßnahmen wird der erforderliche Bewegungs- und Handlungsspielraum derartig bedeutend eingeschränkt, dass ein erfolgreiches und kontinuierliches Unterrichten erschwert, der Sozialkontakt über Gebühr verhindert und gesundheitliche Beeinträchtigungen in Kauf genommen werden. In diesem Zusammenhang ist die Maskenpflicht für Schüler und Lehrer zu nennen, welche sowohl die Kommunikation als auch die Atmung stark behindert. Folge davon ist, dass der Schulbetrieb damit eben nicht in seiner regelgerechten Form wieder aufgenommen werden kann, sondern dass die Öffnung der Schulen ein Lippenbekenntnis bleibt und lediglich symbolhafte Züge trägt.

Eine vollständige Rückkehr zum Normalbetrieb im Bereich der Schulen schloss die Ministerin Yvonne Gebauer in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 6. Mai 2020 aus.¹ Mit der Aufnahme des Regelbetriebs sei erst nach den Sommerferien zu rechnen, so die Ministerin. In Anbetracht der zunehmenden Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens erweist sich das politische Agieren im Schulwesen und in der Kinderbetreuung als verantwortungslos. Wenn für Eltern ein Ende der Home-Office-Modalitäten eingeläutet wird, können sie

¹ Vgl. Drs. 17/3319.

die Kinderbetreuung zu Hause nicht mehr sicherstellen. Viele Eltern fühlen sich deshalb in der Krise vergessen und von der Politik benachteiligt.²

Der Schulministerin Gebauer fehlt es in der Krisenzeit an Fingerspitzengefühl für den richtigen Zeitpunkt. Denn gerade zum Zeitpunkt der Aufhebung des Lockdowns ist ein nachvollziehbares Vorgehen im wichtigsten gesellschaftlichen Bereich, der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, von großer Bedeutung.

Der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Klaus Püschel, untersuchte mit seinem Team in Hamburg die Corona-Opfer. „Die Zeit der Virologen ist vorbei. Wir sollten jetzt andere fragen, was in der Coronakrise das Richtige ist, etwa die Intensivmediziner“, so Püschel.³ „Die meisten Todesopfer, die in Folge an Covid-19 verstorben sind, hatten so schwere Vorerkrankungen, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit im Laufe dieses Jahres gestorben wären“, sagt Püschel weiter. Auch die Einschätzungen von Prof. Dr. Gerd Bosbach, Professor für Statistik, Mathematik und empirische Wirtschafts- und Sozialforschung, belegen die politische Fehlentscheidung der Landesregierung: „Die wiederholte Gleichsetzung der Zahl positiv Getesteter mit der Zahl der Infizierten vernebelt den Blick, die Zählweise bei Corona-Toten ebenfalls. [...] Der Maßstab der Regierung, ab wann eine Abschwächung der Maßnahmen geboten ist, basiert auf einer Scheinzahl von Infizierten, die aber nichts mit der Realität gemein hat. [...] Weitreichende Entscheidungen bedürfen gesicherter Grundlagen. Genau das ist bisher vernachlässigt worden.“

Hinzu kommt, dass die bisherigen Erkenntnisse um das Covid-19-Virus zeigen, dass Kinder oft gar keine oder nur geringe Symptome aufweisen. Sie gehören nicht zur Risikogruppe. Sie spielen lediglich für die Verbreitung des Virus eine Rolle. Insofern ließ die rasche Schulschließung sich somit wegen der Eindämmung des Infektionsgeschehens rechtfertigen. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint jedoch die Beibehaltung des stark beschränkten Schulbetriebs bei parallel stetiger Wiederbelebung des öffentlichen Lebens absolut unverhältnismäßig.

Wenn man die Aussagen zahlreicher Virologen, Epidemiologen und Pathologen hinzufügt, die den Verlauf der Infektionswelle auf Grund von Covid19 mit denen anderer grippalen Infektionswellen gleichsetzen, dann muss man feststellen, dass die Regierungen in Bund und Land zum jetzigen Zeitpunkt offensichtlich nicht aus einer objektiven Notwendigkeit, sondern aus einer selbst geschaffenen Angstpsychose heraus die Menschen weiterhin in ihren Rechten auf eine Art und Weise beschneiden, wie man das in Deutschland seit der Nachkriegszeit so noch nicht erlebt hat. Bestätigt wird dieser Eindruck zunehmend auch dadurch, dass man in Deutschland keine Anzeichen für eine erhebliche Übersterblichkeit feststellen kann. Die Zahl der diesjährigen Verstorbenen weicht (im betreffenden Zeitraum) nicht von derjenigen in anderen Jahren ab.

Nach diesen neuen Erkenntnissen ist nun der richtige Zeitpunkt gekommen, die sofortige bedingungslose Öffnung von Schulen und Universitäten sowie die unverzügliche Rückkehr zum geordneten Schul- und Wissenschaftsbetrieb einzuleiten. Die politischen Entscheidungsträger müssen wieder normale Verhältnisse erlauben und der Bevölkerung die Tatsache vermitteln, mit Covid-19 auch ohne fortwährende Quarantänezustände und einschränkende Verhaltensvorschriften leben zu können.

² <https://www1.wdr.de/nachrichten/themen/coronavirus/eltern-demo-schule-kitas-lockerungen-100.html> (11.05.2020).

³ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article207268921/Rechtsmediziner-Pueschel-Die-Zeit-der-Virologen-ist-vorbei.html> (11.05.2020).

Nicht zuletzt haben knapp hundert Forscher und Forscherinnen ein Positionspapier zur Bildungspolitik in der Coronakrise unterzeichnet und die Forderung an die Regierung gerichtet, die Schulöffnung mit mehr Tempo voranzubringen. „Die Schulpflicht im Sinne einer Auseinandersetzung mit schulischen Inhalten muss auch in der Pandemiezeit nachweisbar eingehalten werden.“⁴

II. Der Landtag stellt fest:

1. Keine der vorliegenden Zahlen über Infizierte und Verstorbene rechtfertigt derartig massive Eingriffe in die Grundrechte, wie Deutschland sie im Augenblick erlebt.
2. Kinder und Jugendliche wurden durch die Eindämmungsmaßnahmen der Regierung zum Schutz vor Covid19-Infektion stärker als Erwachsene in ihrer persönlichen Entwicklung eingeschränkt.
3. Die weitere Einschränkung des Schulbetriebs bei einer gleichzeitigen Wiederbelebung des öffentlichen Lebens ist unverhältnismäßig und ungerechtfertigt.
4. Der stotternde „Neustart“ des beschränkten Schulbetriebs überfordert Schüler, Eltern und Lehrer in der Praxis und schürt weiter unberechtigte Ängste, welche den Aufenthalt in den Schulen belasten und zu Verunsicherungen führen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

Schulen und Universitäten sofort bedingungslos zu öffnen sowie unverzüglich zum geordneten Schul- und Wissenschaftsbetrieb zurückzukehren.

Helmut Seifen
Markus Wagner
Andreas Keith

und Fraktion

⁴ <https://www.spiegel.de/consent-a-?targetUrl=https%3A%2F%2Fwww.spiegel.de%2Fpanorama%2Fbildung%2Fbildung-in-corona-krise-jedes-jahr-weniger-schule-kostet-sieben-prozent-gehalt-a-0f0b617b-c445-4031-8e41-e0d531a66da8&ref=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F> (11.05.2020).